



Nr. 54. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 2. Februar 1874.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

40. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 31. Januar).

Am Ministerialen Camphausen, Falk und Achenbach mit mehreren Commissarien.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung verlangt der Abg. Lasker das Wort: Meine neuliche Bemerkung über das Verhältniss desjenigen Theiles der Presse, welcher nicht offiziös ist, hat, wie ich aus mehreren Pressezeugnissen ersehen, Missdeutungen außerhalb des Hauses erfahren. Wie die Herren sich auch erinnern, habe ich nicht gesprochen von denjenigen Neuerungen, die innerhalb dieses Hauses gemacht sind, sondern nur von Neuerungen der Presse; ich habe ferner bei meinen Wörtern keine publicistische Thätigkeit irgend eines Mitgliedes dieses Hauses im Auge gehabt. Ich habe geglaubt, diese Erklärung abgeben zu müssen, zu welcher ich nicht von irgend einer Seite veranlaßt worden bin, sondern zu der ich mich selbst für verpflichtet hielt.

Zunächst wird der Nachweis über die Verwendung des Fonds für das Jahr 1872 zu unvorhergesehenen außerordentlichen Ausgaben für die Staatsanlagen an die Budgetcommission verwiesen; dann werden die Gelehrtenwürfe, betr. die anderweitige Regelung der Executionsgebühren in den hohenzollerischen Landen und die Ablösung der den geistlichen u. s. w. Instituten in der Provinz Hannover zustehenden Realberechtigungen in dritter Verathung definitiv angenommen.

Die Verathung des Staats des Cultusministeriums steht vor Kap. 125 (Elementarunterricht) Tit. 1 und 2 (Seminare und Präparandeanstalten). Die Budgetcommission beantragt: „Die Staatsregierung aufzufordern, für das Jahr 1873: 1) den Befolgsfonds der Directoren und Lehrer der Seminare (Stellenzahl und Gehaltsätze), 2) die sonstigen persönlichen Ausgaben, 3) die sächlichen Ausgaben nach getrennten Titeln in den Staat aufzunehmen und in entsprechender Weise mit den Präparandeanstalten zu versahen, 4) die confessionellen Bezeichnungen der Seminare und Präparandeanstalten, soweit sie Staatsanstalten sind, sowie in dem bezüglichen Extraordinarium weglassen zu lassen.“

Referent Dr. Wehrenpfennig: Durch den Fortschritt der confessionellen Bezeichnung der Seminare sollen keineswegs nur Simultananstalten geschaffen werden, sondern die Commission wollte damit nur beweisen, was bei den Gymnasien schon erreicht ist, und constatiren, daß die Verwaltung das Recht habe, an katholischen Seminaren unter Umständen auch einen protestantischen Lehrer anzustellen. Im Uebrigen wird an ihrer Verwaltung nichts geändert. Der Aufschuß von 82,978 Thlr. im Staat ist durch die zunehmende Theuerung, die Schaffung von 50 neuen Lehrstellen, die Errichtung provisorischer Seminare und die Nothwendigkeit größerer Zuschüsse an bedürftige Seminaristen gerechtfertigt.

Abg. Kiesel bitte dringend darum, die Gehälter der Seminarlehrer bei dem neuen Unterrichtsgesetz aufzuführen zu wollen.

Abg. Windthorst (Melle): Die Resolution zielt dahin, den confessionellen Charakter dieser Anstalten überhaupt zu befehligen. Die Confession der Lehrer kennzeichnet ganz wesentlich den Charakter der Anstalt; und ich habe bis jetzt geglaubt, daß die confessionelle Schule aufrecht erhalten werden soll. Wie vereinigt sich ferner der Antrag mit den Stiftungsmitteln und den statutarischen Zweckbestimmung vieler dieser Anstalten? wie mit Artikel 15 der Verfassung, wonach den Kirchen ihre Anstalten gelassen werden sollen? Mindestens werden durch ihn alle diese Verhältnisse verdunkelt.

Abg. Lucius bringt die großen Uebelstände des Seminars in Erfurt zur Sprache, das in hohem Grade umgedeutet ist.

Der Cultusminister erwidert, daß ihm dieselben wohl bekannt gewesen seien, und er die Hoffnung habe, schon im nächsten Jahre Abhilfe zu schaffen, da die Mauern der Festung fallen und ein Neubau ausgeführt wird.

Abg. v. Mallinckrodt: Es ist von Werth, vor dem Lande klar zu legen, um was es sich hier eigentlich handelt. Die Tendenz geht dahin, zunächst die confessionelle Verschiedenheit der Seminare, und damit auch allmälig den confessionellen Charakter der Elementarschule zu beseitigen, der in der Verfassung ausgesprochen ist. Die Vorgänge im Elßbach zeigen, wohin die Regierung zielt; hier hat sie, wo es anging, schon die confessionelle Schule beseitigt. Au und für sich wäre es kleinlich, im einzelnen Fall nicht auch einmal eine Abweichung von der Regel und einem protestantischen Lehrer an einem katholischen Seminar zugelassen. Aber darum handelt es sich gar nicht. Die protestantischen Seminare sind freilich vor der Überflutung mit katholischen Lehrern sicher, ebenso wie unsere Bureaucratie von solchen Elementen rein erhalten wird, die ihnen gegenwärtigen Charakter verändern könnten; aber umgekehrt liegt die Sache anders. Man wird mit wahrer Wonne jede, selbst die kleinste Differenz benutzen, um dem katholischen Lehrerpersonal und damit dem katholischen Volke einen anderen Geist zu infusieren. Geben wir hier erst im Prinzip nach, so werden wir binnen Kurzem gar kein katholisches Seminar mehr haben, an dem eine Majorität protestantischer Lehrer noch existiert, so wenig, als es irgend ein Collegium von Bedeutung giebt, in dem die Mehrheit katholisch wäre, selbst in rein katholischen Gegenden.

Abg. Teuchow: Der Vorredner hat der Commission Absichten untergeschoben, die ihr fremd sind. Immerhin könnte die Anstellung eines evangelischen Lehrers an einem katholischen Seminar zu Missbilligkeiten führen, umgekehrt sicher nicht; die evangelischen Lehrer sind in dieser Beziehung immer sehr tolerant. (Sehr richtig!) Ich stand 20 Jahre lang an der Spitze eines Seminars, an dem ein katholischer Lehrer mitgewirkt hat, ohne daß es je zu einem Streite gekommen wäre. Es ist doch endlich an der Zeit, daß die beklagenswerte Zuspiitung confessioneller Gegenfälle, das Erbteil einer langen Missregierung, ihr Ende erreicht und daß wir in Eintracht an der sittlichen und geistigen Bildung der Nation arbeiten. Den religiösen Geist des katholischen Volkes aus der Schule vertreiben, ist nicht unser Zweck, wie es sich ja überhaupt nicht um einen Kampf gegen das katholische Volk, sondern um die Sicherung des Staates gegen die Übergriffe der katholischen Hierarchie handelt, mag der Staat ein katholischer oder paritätischer sein. Wenn Sie im Verein ganz unschuldigen Antrag annehmen, so werden Sie ganz dieselben Erfahrungen machen, wie bei den Gymnasien, bezüglich deren alle dieselben schrecklichen Dinge hier vorgebracht wurden, als es sich darum handelte, die confessionellen Bezeichnungen im Budget wegzulassen. Und ist denn irgend eine Änderung zum Schlechten eingetreten?

Abg. v. Gerlach: Ich bin mit dem Abg. v. Mallinckrodt vollständig einverstanden und dem Vorredner dafür dankbar, daß es mir durch seine Rede noch viel klarer geworden ist, daß es sich nicht blos um den Gegensatz der katholischen und evangelischen Confession, sondern um den Gegensatz beider zur religiösen Gleichgültigkeit handelt. Der Vorredner stellt es als die höhere und alleinige Aufgabe der Regierung hin, für geistige und sittliche Bildung zu sorgen. Aber Sie wissen, daß sie darin gerade keine besonderen Erfolge aufzuweisen hat. Mit Recht hat der Abgeordnete v. Mallinckrodt darauf hingewiesen, daß die Aufhebung des confessionellen Charakters der Seminare der Verfassung widerspricht und der Vertilgung der katholischen Confession gilt; ich aber sage, daß sie der Vertilgung beider Confessionen gilt. (Oho!) und ich bitte namentlich die evangelischen Herren im Hause, die besten Interessen der evangelischen Kirche wahrzunehmen.

Abg. Haenel: Der vorliegende Antrag kann nicht falsch gedeutet werden, als es scheben geschehen ist. Freilich muß der religiöse Geist in der Schule gepflegt werden, aber so, daß er nicht in Gegenseit tritt zu einer der wichtigsten Grundlagen unseres Staates: der Parität der Confessionen. Wenn Sie Duldung und Parität für gleichbedeutend halten mit Gleichgültigkeit, dann mögen Sie diesen Antrag für eine große Gefahr halten. Der Abgeordnete Windthorst beruft sich auf die Artikel 15 und 24 der Verfassung, durch welche den einzelnen Religionsgesellschaften der Besitz ihrer Unterrichtsanstalten garantiert und die möglichste Berücksichtigung der confessionellen Verhältnisse in der Volksschule vorgeschrieben wird. Aber der Antrag der Commission ist eben dagegen gerichtet, staatlichen Bildungsanstalten den Charakter besonderer confessioneller Stiftungen aufzubringen, und entspricht deshalb gerade der durch Art. 24 der Verfassung gegebenen Verwaltungsmaxime beiden

Confessionen freien Raum zu lassen und die Parität nicht zu durchkreuzen durch irgend welches stiftungsmäßige Recht.

Referent Wehrenpfennig: Es ist der Commission gar nicht eingefallen, durch ihren Antrag irgend welche andere Anstalten zu berühren, als staatliche. Bei ihrer Interpretation der Verfassung machen die Herren Windthorst und Mallinckrodt hier wiederum ganz dieselben Druckschlüsse, wie damals, als es sich um die Abschaffung des confessionellen Charakters der Gymnasien handelte. Sie müthen uns zu, heute hunderttausend zu bewilligen für Anstalten, die nach Ihrer Ansichtung gar nicht dem Staat gehören, sondern der Kirche. Nein, diese Anstalten sind ja wenig im Besitz der Kirche, wie die Volksschulen, die Gymnasien und alle Bildungsanstalten des preußischen Volkes, und dem Staat wollen wir das Recht wahren, daß, wenn die Verhältnisse sich einmal so ändern, daß Simultan-Anstalten für zweckmäßiger angesehen werden müssen, er diese Einrichtung treffen kann, ungehindert durch Einsprüche der Kirche. M. H. (um Centrum gewendet), die im Art. 24 der Verfassung enthaltene Vorschrift aufrecht zu erhalten, wird viel mehr an Ihnen liegen als an uns. Sie haben es so weit gebracht, daß der confessionelle Charakter der Schulen schon hier und da hat ausgegeben werden müssen, und Sie werden es durch den Kampf, den Sie erregen, noch dabin bringen, daß wir das holländische System, den völligen Ausschluß des Religionsunterrichts, einführen. (Beifall.)

Der Antrag der Budgetcommission wird angenommen und die Verathung wendet sich nunmehr dem Extraordinarium zu. Zu Tit. 55—95 (Bau von Seminargebäuden und anderen Seminarzwecken) liegt folgender Antrag der Commission vor: Die Staatsregierung aufzufordern, die Errichtung von Seminar-Internaten sofern möglich zu vermeiden, sowie bei der in Berlin, Warendorf, Fulda, Uslingen und Mettmann in Aussicht genommenen Errichtung das Internat nur soweit auszudehnen, als die örtlichen Verhältnisse es unbedingt notwendig machen.

Der Referent: Auf die Aufforderung der Budgetcommission hat die Regierung an den betreffenden Orten, wo die Seminarbauten vorgenommen werden, angefragt, ob es möglich sei, den Bau so zu ändern, daß die Seminaristen nicht interniert werden. Die Antwort lautete überall, daß kein Internat errichtet werden würde, es unmöglich sein würde, die Seminaristen in der Stadt unterzubringen. Wir müssen also diese Neubauten sehr verzögern, oder von der Strenge des Princips, wenn Internate mehr zu errichten, in diesen einzelnen Fällen abweichen. Dies letztere zu thun, werden wir durch den gegenwärtigen Mangel an Lehrern gestoppt. Sie können also unsere Resolution um so unbedenklicher annehmen, als auch von Seiten des Cultusministeriums uns verichert worden ist, daß man in Zukunft an dem Princip des Internats festhalten wird. Die gegenwärtigen etwa 70 Seminarien sind sämtlich Internate. Es handelt sich darum, für die neuen solchen Städte zu ersehen, in welchen die Seminaristen außerhalb der Anstalt leben und mit gebildeten Familien verbreiten können, damit sie nicht ohne alle Lebenserfahrungen in ihrem Beruf eintreten. (Beifall.)

Abg. Kiesel: Früher war allerdings die Errichtung in den Seminarien eine fast kölestische; die Männer dieser Anstalten schlossen die Jünglinge von dem äußeren Leben völlig ab, und innerhalb galt der Grundzug: „Heilig gebetet, tu über die Hälfte studir!“ Jetzt aber weht schon ein viel freierer Geist und wenn die Regierung noch an den Internaten festhält, so läßt sie sich sicher durch praktische Rücksichten leiten, indem sie den Jünglingen, welche meist unbemittelt sind, ihr Unterkommen ohne Schwierigkeiten ermöglichen will. Wenn aber die Regierung für bessere Lehrergehälter und für Verlegung der Seminarien in größere Städte sorgt, so werden alle Bedenken gegen die Internate schwinden.

Abg. Teuchow: Der Lehrermangel ist so bedeutend, daß es gegenwärtig nur darauf ankommen kann, möglichst schnell neue Unterrichtsanstalten zu schaffen; die pädagogischen Fragen, die hier geltend zu machen wären, werden ja durch das Unterrichtsgesetz geregelt werden. Freilich brauen wir noch an den Folgen des früheren Systems, die Lehrer kölestlich, in der Lust der Regulativ, abgeschlossen von allen Bewegungen und Bestrebungen des Lebens erziehen zu wollen; aber die jetzige Unterrichtsverwaltung will das nicht, und wir können ihr die Maßregeln zur Abhilfe des gegenwärtigen Mangels an Lehrern getrost überlassen.

Geh. Rath Schneider: Zunächst muß ich den Irthum berichtigten, daß alle Seminare der Monarchie Internate sind; es gibt auch mehrere Externate in Holstein, Ostpreußen und eines in Brandenburg. Betreffs des pädagogischen Princips nun können wir noch keineswegs so zwecklos bestimmen, wie in einer Zeit von zwei bis drei Jahren junge Leute ohne Selbstbewußtsein und wenn die Regierung noch an den Internaten festhält, so läßt sie sich sicher durch praktische Rücksichten leiten, indem sie den Jünglingen, welche meist unbemittelt sind, ihr Unterkommen ohne Schwierigkeiten ermöglichen will. Wenn aber die Regierung für bessere Lehrergehälter und für Verlegung der Seminarien in größere Städte sorgt, so werden alle Bedenken gegen die Internate schwinden.

Geh. Rath Schneider: Früher war allerdings die Errichtung in den Seminarien eine fast kölestische; die Männer dieser Anstalten schlossen die Jünglinge von dem äußeren Leben völlig ab, und innerhalb galt der Grundzug: „Heilig gebetet, tu über die Hälfte studir!“ Jetzt aber weht schon ein viel freierer Geist und wenn die Regierung noch an den Internaten festhält, so läßt sie sich sicher durch praktische Rücksichten leiten, indem sie den Jünglingen, welche meist unbemittelt sind, ihr Unterkommen ohne Schwierigkeiten ermöglichen will. Wenn aber die Regierung für bessere Lehrergehälter und für Verlegung der Seminarien in größere Städte sorgt, so werden alle Bedenken gegen die Internate schwinden.

Referent Wehrenpfennig: Auf diese Verherrlichung der Internate, die wir eben gehört haben, muß ich doch hervorheben, daß es sich um folgende Frage handelt: Wollen Sie den jungen Lehrer erst dann auf seine eigenen Füße stellen, wenn Sie ihm ein praktisches Lehramt geben, oder schon 3—4 Jahre früher, damit er außer der äußeren Lust auch die innere Lust der Selbstbeherrschung lerne?

Geh. Rath Schneider: Die Regierung beabsichtigt nicht der Resolution zu widersprechen. Ich wollte nur auch auf die Schattenseiten des Externats hinweisen. Die Regierung wird jedoch bemüht sein, daß in beiden Formen in der Wirklichkeit vorzugsweise die Lichten zur Geltung kommen.

Abg. v. Mallinckrodt: Für mich ist diese Diskussion als ein Beitrag zur Verherrlichung der Pädagogik in Preußen besonders interessant. Es ist ein alter pädagogischer Satz: „qui bene distinguit, bene docet.“ Ich glaube aber, daß doch trotz der Ausführungen der drei Vorredner, die ja eine Stellung in der Lehrervelt einnehmen, ein Unbesangener sich die Frage, was man eigentlich mit diesem Antrage will, schlechtedings nicht beantworten kann. Nach den gehörten Reden taugen die Internate nichts und die Externate haben auch nichts für sich. Trotz der geprägten Aufmerksamkeit könnte ich mir nicht klar werden, ob der Abg. Teuchow für oder gegen die Resolution ist. Meine Herren, thun Sie, was Sie nicht lassen können und beschließen Sie etwas, wonach die Welt eben so klug ist wie zuvor.

Abg. Miquel erklärt die Resolution dahin, daß darin als Princip das Externat aufgestellt werde, daß man jedoch das Internat bisweilen, wo Ort und Gelegenheit es fordern, als nothwendig anerkennen. Gleichzeitig empfiehlt Redner der Regierung zu erwägen, ob nicht dem beständigen Neubau von Seminarien die Umwandlung bisheriger Internate wenigstens in gemischte Anstalten vorzuziehen sei?

Geh. Rath Schneider erwidert, daß die lezte Frage von der Regierung bereits ins Auge gefaßt sei.

Darauf wird die Position nebst der Resolution angenommen.

Bei Berathung der Position zur Förderung des Seminar-Präparandenwesens rügt Abg. Kiesel die bisherige Methode der Präparandenbildung bei Lehrern und fordert für dieselbe Internate.

150,000 Thaler abzusehen. 3) Den Titel 7 in nachfolgende 3 Titel zu zerlegen: a) zu Schulaufsichtskosten 90,000 Thlr., b) zu Schulaufsichtskosten und zwar zu Remunerations für die commissarische Verwaltung von Schulinspektionen: 146,137 Thlr. 25 Sgr. 1 Pf., c) zu zeitweiligen Remunerationen für Schulinspektoren im Nebenamt 50,000 Thlr.

Dr. Rasse beantragt den Titel 7 in nachfolgende zwei Titel zu zerlegen: a) Zu Schulaufsichtskosten 90,000 Thlr. b) Zu Remunerationen für die commissarische Verwaltung von Schulinspektionen wie zu zeitweiligen Remunerationen für Schulinspektoren im Nebenamt 196,137 Thlr.

Schröder (Lippstadt) beantragt den Titel 7 nur in der Höhe von 100,000 Thaler zu bewilligen.

Der Referent motteilt den Besluß der Commission, die Position für Lehrergehälter um 400,000 Thlr. zu erhöhen. Von 1850—67 sei nicht das Vermögen dafür geschehen und bis 1870 seien nur 265,000 Thlr. mehr dafür verwendet worden. Im Jahre 1872 habe der Finanzminister neue 500,000 aus eigener Initiative dafür ausgeworfen und das Haus habe dafür eine dauernde Crummer (Heiterkeit); 1873 endlich seien wieder 700,000 Thlr. für Unterrichtszulagen vom Hause bewilligt worden, so daß im Ganzen eine Erhöhung der Lehrergehälter innerhalb 20 Jahren um 2,000,000 Thlr. eingetreten sei. Aber diese Summe vertheile sich auf 50,000 Lehrer und inzwischen seien die Lebensmittel um 33—50 Proc. teurer geworden, thatfächlich sei noch nicht einmal die Minimalsumme für die Gehälter erreicht, es fehlen noch 586,000 Thlr. daran. Denn während des Minimalgehalts bei zehnjähriger Dienstzeit 30 Thlr. bei zwanzigjähriger 60 Thlr. betragen sollen, würden gegenwärtig nur 20 resp. 40 Thlr. gezahlt, so daß die Lehrer in Preußen noch lange nicht günstig wie in kleineren deutschen Staaten, z. B. Baden, gestellt seien.

Da die Regierung pure die geforderte Summe von 400,000 Thlr. nicht bewilligen wollte, habe man sich nach einer Deckung derselben umgekehrt, und diese habe man in einer Reduzierung der Titel 5 und 7 gefunden, wie sie von der Commission vorgeschlagen sei. Schwierigkeiten würde diese Reduktion, besonders auch der Titel 7 nicht herführen, da, was letzter betrifft, dem Minister volle Freiheit zur commissarischen Verwaltung der Kreis- und Lokalschulinspektionen gelassen werde. Referent bitte demnach, unter Übereinstimmung der beiden aus dem Hause gestellten Anträge, dem Commissions-Antrage zuzustimmen.

Abg. Kiesel berichtet über eine große Anzahl Petitionen von Elementar-Lehrern, die theils um baldige Verlegung eines Unterrichtsgesetzes, theils um Verbesserung ihres Gehälter bitten. Abg. Kiesel als Referent der Unterrichts-Commission beantragt, die Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Gleichzeitig tadelt Redner, daß die lezte Verherrlichung von Gesetzzulagen nicht nach gleichmäßigen Grundzügen erfolgt sei.

Geh. Rath Kraenach: Berichte über die Verherrlichung seien zwar noch nicht eingegangen, doch könne er, der erlassene Instruction nach zu urtheilen, nicht glauben, daß die Gehaltzzulagen nicht gleichmäßig vertheilt worden seien.

Cultusminister Dr. Falk: Die Budgetcommission stößt Titel 5 150,000 Thlr. und aus Titel 7 250,000, in Titel 4 herüberzunehmen, in Rücksicht auf die ersten Punktes hat die Regierung nichts einzubringen, in Rücksicht auf die Entstehung des Titel 5, der im vorjährigen Etat aus dem damaligen Titel 4 ausgezonderd worden ist, so daß der Antrag eine Wiedervereinigung wieder anbahnt. Was den zweiten Antrag betrifft, so halte ich es für meine Pflicht, etwas näher auf die Gründe einzugehen, welche die Regierung gegen denselben einzuwenden hat. Es handelt sich zunächst um die Bewilligung der Kosten für 60 Kreisschulinspectoren. Die Zahl der selben ist um 10 höher geprägt als im vorigen Etat. Wenn die Commission über diese geringe Differenz in Verhinderung gewesen ist, so constatire ich, daß ich, wenn der Etat in diesem Augenblick aufgestellt wurde, wohl eine höhere Ziffer gewählt haben würde. Inwiefern lege ich entscheidendes Gewicht überhaupt nicht darauf, infsofern bei Anstellung von Schulinspektoren zu verfahren werden wird, wie es anfangs der Fall war, nämlich zuerst commissarische Inspectoren einzuführen, und je nach dem Bedürfnis im nächsten Jahre die Zahl zu erhöhen. Einmal spricht für diesen Standpunkt der Umstand, daß ich keineswegs leicht geeignete Inspectoren finden, selbst wenn man die Kreise, aus denen man sie entnimmt, möglichst weit ausdehnt. Gewisse Eigenschaften werden Sie bei diesen Beamten immer finden müssen, nicht nur tüchtige pädagogische Durchbildung, sondern auch ein gewisses Maß von allgemeiner Bildung, die ihnen gestatte, dem Amt ein gehöriges Ansehen zu geben, nament

mitteln auszuwerfen, da die Thätigkeit eine sehr große Correspondenz und vielseitige Reisen mit sich bringt.

Der Finanzminister: Ich möchte bitten, die Schulaufsichtskosten ganz unverändert nach dem Vorschlage der Regierung zu bewilligen. Die Frage wird im kommenden Jahre noch größere Dimensionen annehmen. Wir übernur einen Alt der Gerechtigkeit gegen diejenigen Schulinspectoren, die sich dieser Mühewaltung bisher unentgegnet unterzogen haben, wenn wir die Staatsregierung in die Lage setzen, in Zukunft für die verstärkte Mühewaltung eine angemessene Remuneration ertheilen zu können. Sollte das Haus dessen ungeachtet den Betrag von 250,000 Thlr. absehen wollen, so würde ich mich für verpflichtet halten, eine eingehende Erwähnung der Staatsregierung zu veranlassen, ob nicht im Wege der directen Unterführung der Geistlichkeit dieser Gerechtigkeitsgefühl Genüge geschehen könnte. Will das Haus den Clementarlehrern noch ein Mehreres bieten, als die Regierung vorgeschlagen hat, so läßt sich darüber reden; aber die Erörterungen leiden an einer gewissen Einseitigkeit. Es sind die Zahlen aus den Regierungsberichten mitgetheilt worden, die aber doch meiner Ansicht nach äußerst zweifelhaft sind; denn selbst die Regierung ist nicht in der Lage, daß sie die tatsächlichen Verhältnisse klar übersieht. Wir wissen in diesem Augenblick nicht, wie das Befolgsungsverhältnis in den Gemeinden sich gestaltet hat; es fehlt besonders eine Übersicht darüber, welche Grundstücke den Lehrern zur Nutzung überlassen und wie hoch sie zu veranschlagen sind; wir wissen ferner nicht, ob die Gemeindemitglieder in Folge der Steigerung der Arbeitslöhne zu höheren Leistungen herangezogen sind.

Wir entbehren vor allen Dingen der gesetzlichen Grundlage für das, was wir thun sollen. Wenn es irgend einen in diesem Hause giebt, der die wahre Sehnsucht nach dem Zustandekommen des Unterrichtsgesetzes hat, so bin ich es. Nichts würde mir lieber sein, als eine klare Kenntnis davon zu erlangen, wo die Leistungen der Gemeinde anfangen und wie weit sie gehen können und sollen, und wo der Staat billiger Weise eintreten muß. Wenn ich wähle, welches die nötige Summe ist, sie dürfte 1 oder 2 Millionen betragen, so würde ich mich keinen Augenblick besinnen auf die Bewilligung einer solchen Summe hinzuwirken. Wenn nun das hohe Haus bei dem Antrage der Budgetcommission bleibt, so will ich eins sagen den Finanzminister werden Sie nicht zu Ihrem Gegner haben. Im Gegenteil, ich werde den geringen Einstuß, über den ich zu verfügen habe (Heiterkeit), benutzen, um Ihren Wünschen entgegenzutun. (Beifall.)

Abg. Tielemann betont, wie in den westlichen Provinzen in vielen Gemeinden die Schulläden fast erdrückende geworden seien. Nach Artikel 25 der Verfassung habe allerdings der Staat bei einer Präsentationsunfähigkeit der Gemeinde einzutreten, doch sei diese schwer festzustellen und besäßen andererseits auch die Gemeinden kein Recht auf einen Staatszuschuß. Das Unter richtsgesetz werde allerdings auch hier eine feste Basis schaffen, da bis zu seinem Erlass aber noch einige Zeit vergehen könne, sei der Vorschlag der Commission nur zu empfehlen.

Abg. Lyskowski beschwert sich über die Unterdrückung der polnischen Sprache bei dem Unterricht in den Clementarschulen und in der Religion; worauf vom Regierungsrath das Verfahren der Regierung vertheidigt wird, welches durchaus nicht auf eine Vernichtung der polnischen Sprache hinarbeitet, sondern nur davon ausgehe, daß jedes preußische Kind auch nichtdeutsche Eltern deutsch sprechen lernen müsse.

Abg. Miquel spricht seine Freude über die Neuerungen des Finanzministers aus und vertheidigt die Commissionsschläge, die einem allgemeinen gefühlten Bedürfnis der Aufbesserung der Alterszulagen wenigstens in Etwas gerecht würden.

Vor der Abstimmung zieht Schröder seinen Antrag zurück, behält sich aber vor, ihn in der 3. Beratung wieder einzubringen. Der Tit. 7 wird in seinem ersten Absatz nach dem Antrage der Budgetcommission, die Tit. 7a und b in der Fassung des Abg. Nasse genehmigt.

Gegen 4 Uhr vertagt sich das Haus bis Abends 7 Uhr.

Abendstiftung vom 31. Januar 1874.

7 Uhr. Am Ministerialtheater Dr. Falk mit mehreren Commissarien.

Das Haus fährt in der 2. Beratung des Etats des Cultusministeriums fort.

Zu § 8. (Dispositionsfonds für das Clementarunterrichtswesen) bemerkte Abg. Kanta, daß er diese Position nicht bewilligen werde, weil er dem darin liegenden Vertrauensvotum für den Cultusminister nicht zustimmen könne, wegen der planmäßigen Unterdrückung der polnischen Sprache in den Schulen, worauf vom Regierungsrath erwidert wird, durch Vertrauensmänner der Provinz Posen sei bestätigt, daß das eingeschlagene Verfahren der Regierung, die deutsche Sprache als Unterrichtssprache einzuführen, schon jetzt die segensreichsten Folgen für die ganze Schulausbildung der Kinder gehabt habe. Der Abg. Kanta protestiert hiergegen auf das Lebhafteste. Der Cultusminister führt einen Bericht des früheren Oberpräsidenten von Posen, Grafen Königsmark, an, wonach bis dahin die Fortschritte in der deutschen Sprache in den Schulen geradezu erstaunlich gewesen seien, und daher das nunmehr eingeschlagene Verfahren der Regierung das einzige Mittel sei, hier die notwendige Radikalmedizin zu schaffen.

Die Position mit 62,000 Thlr. wird genehmigt gegen die Stimmen der Polen und des Centrums.

Zu Titel 10 (Taubstummen- und Blindenanstalten) bemerkte Referent Wehrenpennig, daß nach einer Erklärung der Regierung in der Budgetcommission diese Position zum leichten Maß im Etat erscheine und vom nächsten Jahr an die Provinzialverwaltungen übergehen werde. Außerdem erwähnt der Referent, daß bei uns der Unterricht der Taubstummen sehr im Argen liege und daß nach angestellten Ermittlungen z. B. in der Provinz Pommern von 375 solcher ungünstlichen Kinder nur 65 einen Unterricht genossen hätten; solches sei eine Schmach für die östlichen Provinzen im Gegensatz zu den neuen, wo, wie in Hannover, von Seiten der Provinz in besserer Weise für dieselben gesorgt werde; dies zu ändern sei eine Pflicht der Provinzen und des Staates.

Zum Cap. 126 (Kunst und Wissenschaft) liegen zahlreiche Resolutionen der Budget-Commission vor, die zum großen Theil die Aufforderung an die Staatsregierung richten, die Mittel für diese Zwecke etwas reichlicher zu bemessen, namentlich aber über Neubauten für die Akademie der Künste und die königliche Bibliothek in der nächsten Session Vorlagen zu machen.

Referent Abg. Dr. Birchow begründet die Resolutionen in eingehender Weise, indem er darauf hinweist, daß das neue deutsche Reich keine große Kunsthalle habe, die nur in Berlin ihren rechten Platz finden könne. Eine Neorganisation der Akademie ist sehr zu wünschen, da dieselbe jetzt nur aus mehreren mit einander nur lose zusammenhängenden Instituten besteht. Auf das Bedürfniß dieser Neorganisation geht der Abg. Lehfeldt in längerer Ausführung ein, indem er die jetzige Einrichtung derselben darlegt und die Unzuträglichkeiten derselben beleuchtet. Abg. Lasker: Die Budgetcommission hat sich zu den Bewilligungen entschlossen, ohne damit irgend wie einer Neorganisation präjudizieren zu wollen. Der Regierungs-Commissar Professor Schöne erklärt sich mit den vorliegenden Resolutionen im Namen der Regierung einverstanden und bemüht zugleich, daß die Regierung sowohl durch Heranziehung bedeutender Künstler, als auch durch Neorganisationen eine höhere Entwicklung herbeizuführen gedenkt.

Referent Abg. Dr. Birchow spricht seine Freude über diese leute Erklärung aus, bedauert aber, daß eine gleiche Anfrage nicht auch in Betriff der Neubauten gemacht sei. — Bei dem Bußgeld für die königl. Bibliothek macht der Abgeordnete Birchow darauf aufmerksam, daß die Bibliothek, die doch eigentlich die größte sein sollte in Deutschland, nur halb so groß sei, als die in München; ein Drittel der verlangten Bücher wäre nicht vorhanden; es fehlten fast sämtliche Zeitungen. Das sei sei jedoch hauptsächlich mit Rücksicht auf den Raum geschehen, da man nicht Platz genug habe, die Bücher alle aufzustellen. Der Neubau kann absolut nicht länger aufgeschoben werden.

Abg. Reichenberger hebt besonders, dem englischen Budget gegenüber, welches dafür ca. 142,000 Thlr. auswirkt, die Richtigkeit der Summe von 20,500 Thlr. für Neuanschaffungen hervor und beklagt besonders die Unzuträglichkeit des Catalogs für das Publizum.

Der Cultusminister erklärt sich mit der Resolution vollständig einverstanden. Die Staats-Regierung hat schon Bedacht darauf genommen, eine Aenderung eintreten zu lassen; es war aber wegen der complicirten Pläne dorthin noch nicht möglich, sich für einen bestimmten Plan zu entscheiden.

Abg. Dr. Womann beklagt den Zustand der Bibliothek ebenfalls, indem er es als eine Schande für den preußischen Staat bezeichnet, daß die Bibliothek so sehr vernachlässigt sei; mit Rücksicht auf den beschränkten Raum hat sogar die Verwaltung Abstand davon nehmen müssen, noch einen Cutos anzustellen, weil es nicht möglich war, noch einen Arbeitsraum aufzustellen. Der Arbeitskreis eines jeden Gustos sei ein so umfangreicher, daß es ihm nicht möglich sei, mit voller Pflichttreue allen Ansprüchen zu genügen.

Die Resolution, welche einen Neubau fordert, wird mit sehr großer Majorität angenommen.

Die zu Titel 6 und 8 (Zuschuß für Kunstmuseen in Berlin) vorliegende Resolution der Commission enthält die Aufforderung an die Regierung, eine Übersicht der fiskalischen Baupläne in Berlin und deren künftige Verwendung zu geben. Referent Dr. Birchow empfiehlt den Antrag zur Annahme, da nur so eine Ordnung in die bisher sehr verwirrten Verhältnisse kommen könne.

Cultusminister Dr. Falk: Schon in voriger Session ist die Frage angelegt worden, und die Regierung war im Ganzen damit einverstanden. Wenn sich damals der Finanzminister gegen eine ähnliche Resolution aussprach, so geschah dies wegen ihrer Allgemeinität. Auch der jetzige Antrag entspricht nicht ganz im Anfang und Ende den praktischen Bedürfnissen, indem er zu einer so abstrakten Vorlage führen würde, die entschieden die größten praktischen Mängel hätte. Außerdem ist der beständige Wechsel der concreten Verhältnisse und selbst der Anschauungen des Hauses eine große Schwierigkeit für das Zustandekommen der gewünschten Vorlage. Es ist somit äußerst zweifelhaft, ob mit der Zustimmung des Hauses zu der Resolution nachweislich etwas Praktisches beschlossen werde.

Sämtliche Positionen und Resolutionen werden vom Hause genehmigt. 10½ Uhr vertagt sich das Haus bis Montags Abends 6 Uhr. (Etat für Cultus, Eisenbahnenverwaltung u. s. w.)

Berlin, 31. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Obersten a. D. von Gimpe, bisher Abtheilungs-Chef im Kriegs-Ministerium und dem Geheimen Regierungs-Rath Harder, Cabinets-Secretär Ihrer Majestät der hochseligen Königin Elisabeth, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife und Schwertern am Ringe; dem Superintendenten a. D. Pastor Kober an der Dreifaltigkeitskirche in Berlin, den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; sowie dem zur Reserve entlassenen Gefreiten Max Gabler vom Badischen Fuß-Artillerie-Bataillon Nr. 14 die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät hat den kaiserlich russischen Stabs-Capitän Skorino von der topographischen Abtheilung des Haupt-Generalstabes den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König hat dem Militär-Intendantur-Rath a. D. Winckelmann, zuletzt beim VII. Armee-Corps, den Charakter als Geheimer Kriegsrath.

Se. Majestät der König hat den Appellations-Gerichts-Rath Berendt in Breslau zum Ober-Tribunal-Rath ernannt; den Appellations-Gerichts-Rath Kyll in Bromberg als Kammergerichts-Rath an das Kammergericht versetzt; sowie den Obergerichts-Rath Schmidt in Hameln zum Appellations-Gerichts-Rath bei dem Justiz-Senat in Ehrenbreitstein, den Stadt-Gerichts-Rath Klingner in Berlin zum Tribunals-Rath in Königsberg, den Kreis-Gerichts-Rath Schüle in Trachenberg zum Appellations-Gerichts-Rath in Cölln und den Kreis-Gerichts-Rath Lehmann in Wittenberg zum Appellations-Gerichts-Rath in Bremberg; sowie den bisherigen Regierungs- und Schulrat Spieler in Hannover zum Provinzial-Schulrat ernannt und dem praktischen Arzte Dr. Frick in Schönen, sowie dem praktischen Arzte Dr. Wilhelm Menke zu Wilsdorf den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Dem bei den hiesigen königlichen Münze als Hilfsarbeiter beschäftigten Beugfeldwebel Becker ist die erledigte Zählcomptoir-Wortsertheile verliehen worden. — Der Lehrer an der höheren Bürgerschule zu Northeim, Dr. phil. Wilhelm Heß, ist zum ordentlichen Lehrer an der königlichen polytechnischen Schule in Hannover ernannt worden.

Das 3. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter Nr. 8174 das Gesetz wegen Aufhebung der Mabingangsteuer von Stärke (Kraftmehl) und Stärke-puder, vom 30. Januar 1874; und unter Nr. 8175 den allerhöchsten Erlass vom 23. Januar 1874, betreffend die Ausgabe von Reichs-Gold-, Silber-, Nickel- und Kupfermünzen nach Bedarf durch die königlichen Kassen in Umlauf gesetzt werden können.

Pillau, 31. Januar. [Versandung.] Durch den am 27./28.

d. Monat statgehabten Sturm ist eine ca. 8 Fuß hohe Verbindung des Seegatts herbeigeführt worden, so daß nur Schiffe von einem Tiefgang von 13 bis höchstens 15 Fuß die neue, durch Bojen markierte Eingangs-linie zum Seegatt passieren können.

Ausgabe von Reichsmünzen.] Der "Staatsanzeig" veröffentlicht einen a. h. Erlass vom 23. Januar 1874, welcher zufolge neben den Landes-münzen der Thalerwährung außer den in dem Gesetz vom 4. December 1871 bezeichneten, bereits in Circulation befindlichen Reichsgoldmünzen auch die nach dem Münzgesetz vom 9. Juli 1873 ausprägenden Reichs-Gold-, Silber-, Nickel- und Kupfermünzen nach Bedarf durch die königlichen Kassen in Umlauf gesetzt werden können.

Pillau, 31. Januar. [Versandung.] Durch den am 27./28.

d. Monat statgehabten Sturm ist eine ca. 8 Fuß hohe Verbindung des Seegatts herbeigeführt worden, so daß nur Schiffe von einem Tiefgang von 13 bis höchstens 15 Fuß die neue, durch Bojen markierte Eingangs-linie zum Seegatt passieren können.

Schwerin, 1. Febr. [Der neue Landtag.] Soeben ist der Landtag von dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin in Person eröffnet worden. Die von dem Großherzog verlesene Thronrede bestont, daß sich die großherzoglich mecklenburg-schwerinsche Regierung mit denselben des Großherzogthums Mecklenburg-Strelitz betreffe der unabsehbaren Notwendigkeit einer Reform der Landesverfassung im vollständigsten Einverständnisse befindet. Beide Regierungen wünschten dringend eine einheitliche Landesvertretung und die Beseitigung des patrimonialen Charakters der seitherigen Vertretung, sie wollten diese Reform aber im Anschluß an das Bestehende. Das Land werde dann in Stande sein, in treuer Hingabe an das Reich an den großen Aufgaben des Reiches mitzuwirken. — In der die Reform der Landesverfassung betreffenden Vorlage ist für die Städte und Landgemeinden das indirekte, für die Großgrundbesitzer das direkte Wahlssystem adoptirt. Aus indirekten Wahlen sollen 57 Abgeordnete hervorgehen, ihre Wahl erfolgt durch die in freier Wahl gewählten Organe der Gemeinde-Verwaltung. 31 andere Abgeordnete werden von den Großgrundbesitzern direct gewählt. Hierzu treten ferner 9 Vertreter des alten und befestigten Grundbesitzes, 5 der größeren Städte und 6 aus landesherrlichem Vertrauen berufene Mitglieder. Die seitherige Itio in partes ist beseitigt. Die Legislaturperiode ist eine biährige. Dem Landtage steht das unbedingte Zustimmungsrecht bei der Gesetzgebung und bei der Besteuerung zu. Es soll ein einheitliches Finanzsystem eingeführt und der Staatshaushaltsetat soll alljährlich vereinbart werden.

Kiel, 1. Februar. [Der Oberpräsident von Schleswig-Holstein] hat auf seinen Antrag aus Gesundheitsrücksichten einen längeren Urlaub zu einer Reise nach Italien erhalten, die derselbe heute antreten wird.

Braunschweig, 31. Januar. [Die orthodoxe Geistlichkeit.] In der heutigen Sitzung der Landesversammlung wurde die vor einiger Zeit vom Abg. Koch eingebrachte, die öffentliche Aufforderung braunschweigischer Geistlicher zur Unterstützung der renitenten bessischen Geistlichen betreffende Interpellation beantwortet. Ministerialrath Grotian gab Namens des Staatsministeriums die Erklärung ab, daß die gedachte Aufforderung die ernste Misbilligung verdiene, daß demzufolge das Consistorium aufgefordert worden sei, diese Misbilligung den gedachten Geistlichen zu erkennen zu geben und daß das Consistorium dieser Weisung auch entsprochen habe. Von der Landesversammlung wurde sodann die Berathung des Wahlgesetzentwurfes folgesetzt.

Düsseldorf, 31. Januar. [Landtagswahl.] Bei der heute hier statgehabten Erstwahl zum preußischen Landtag wurde Geh. Legationsrath a. D. von Kehler in Berlin (ulicamontan) mit 239 Stimmen gewählt. Der Gegenkandidat, Justizrath Peizer, (liberal) erhielt 174 Stimmen.

Magdeburg, 1. Februar. [Bei der engeren Reichstagsswahl] im 3. Wahlkreise des Reg.-Bez. Magdeburg (Ferichow I. und II.) erhielt v. Bonin (lib. Reichspartei) 7241, Feldmarschall v. Moltke 5741 St. Der Erster ist demnach gewählt.

Leipzig, 31. Januar. [Näheres über Jacoby's Wahl.] Bei der heute erfolgten amtlichen Zusammenstellung des Wahlergebnisses für den 13. sächsischen Reichstagwahlkreis (Leipziger Landbezirk) hat sich, wie die "Leipziger Zeitung" meldet, die Wahl des Candidaten des sozialdemokratischen Partei, Dr. Johann Jacoby in Königsberg, herausgestellt. Von den 28,441, Wahlberechtigten hielten 14,251 an der Wahl teilgenommen und von diesen hatten 7577 für Dr. Jacoby gestimmt. Der zur Fortschrittspartei gehörige Gegenkandidat Dr. Heinrich erhielt von der zu diesem Zwecke vereinigten conservativen und Fortschrittspartei 6674 Stimmen. Die Nationalliberalen haben sich, wie die "Leipziger Zeitung" meldet, bei der Wahl der Abstimmung enthalten.

München, 29. Januar. [Der König] hat dem Staatsminister des Königlichen Hauses und dem Neueren v. Preßsner telegraphisch seine Zufriedenheit mit dem Ausfall der Abstimmung bezüglich der Erhaltung der Gesandtschaften ausgesprochen lassen.

München, 30. Januar. [Der Kaiser von Österreich] ist heute Morgen 5½ Uhr mit dem Courierzuge aus Wien hier eingetroffen und am Bahnhofe von den Prinzen Luitpold, Leopold und der österreichischen Gesandtschaft empfangen worden. Der Kaiser gab sich sofort in das Palais des Prinzen Leopold. Er hat nur den heutigen Tag zum Besuch seiner Tochter bestimmt und wird sich mit dem um 10 Uhr 50 Minuten heute Abend von hier nach Wien abgehenden Schnellzug wieder dorthin zurückbegeben. Der König, welcher auf seinerseits ergangenen Befehl von der Ankunft des Kaisers sofort in Kenntnis gesetzt wurde, hat alsbald Bereitschaft zum Abgang des Königszuges nach Peissenberg angeordnet, so daß voraussichtlich der König im Laufe des heutigen Tages zur Begrüßung des Kaisers hier eintreffen wird.

München, 31. Januar. [Der Kaiser von Österreich] ist gestern Abend 10½ Uhr nach Wien zurückgekehrt.

Karlsruhe, 28. Jan. [Tumultuarischer Auftritt in der Kammer.] In der badischen Kammer ist es dieser Tage zu einer höchst tumultuarischen Scene gekommen. Bei dem Titel „Strafan-

stalten" im Verlauf der Budgetberatung erklärte der Abgeordnete Hansjacob, ein extrem-clericaler junger Pfarrer, seine kürzlich erfolgte Verurtheilung und Bestrafung zu 6 Wochen Haft wegen Beamtenbeleidigung für verfassungswidrig. Der ausschließliche Anspruch auf die Palme des Streiters für „Recht und Freiheit“ rief einen alten Achtundvierziger, den Abg. Röder in die Arena. „Sie sind ein gemeiner Strick“ rief er Hansjacob zu. Beiderseitiger Ordnungsruf. „Ihr Leute von 48“ schrie Hansjacob „seid auch Landesverräther gewesen!“ Abermaliger Ordnungsruf. „Das ist eine Lüge“, ruft Röder, „Sie sind ein Landesverräther, wir waren gute Patrioten.“ Dritter Ordnungsruf. Hansjacob will nun in der Kammer so lange nicht erscheinen, bis der Präsident ihm Genugthuung verschafft hat, und seine Gegenmänner wollen die Sache weiter verfolgen.

Stuttgart, 31. Januar. [Der König] hat heute den neu ernannten außerordentlichen bayerischen Gesandten und Bevollmächtigten, Minister Grafen Tauffkirchen, zur Entgegennahme seiner Creditive empfangen.

Stuttgart, 31. Januar. [Die zweite Kammer] hat eine Erhöhung der Königlichen Civiliste um jährlich 146,000 Fl. bewilligt. Die Vertragung der Kammern ist für den 3. künftigen Monats in Aussicht genommen.

Straßburg, 26. Januar. [Zur Charakterisirung der hiesigen Parteiuntrübe.] Dem „Els. Journ.“ geht folgendes Schreiben des Herrn A. Schneegans, früherer Redacteur des „Niederh. Kur.“ und des „Journal de Lyon“, zu:

Mein lieber Redacteur!

Man benachrichtigt mich, daß eine sehr wohl gelungene Caricatur über mich erscheinen soll, und daß dieselbe bloss deswegen nicht erscheint, weil der Lithograph es verweigert, die Exemplare herauszugeben: mit jener lausänischen Kluetheit, die in unseren Bürgerkämpfen eine so große Rolle spielt, fragen die Verfasser Bedenken, ihm dafür zu stehen, wenn ich gegen ihn einen Prozeß wegen Schnauhung einleiten sollte.

Es liegt mir daran, sie darüber sogleich zu beruhigen. Es wäre mir recht leid, wenn meinen Mitbürgern dieser Anlaß zur Heiterkeit entzogen würde, ist doch, wie man mir versichert, die Caricatur recht gefallen, was bei dem Gewebe ihres Urhebers ganz natürlich ist. Ich erkläre deshalb, daß, weit davon entfernt, diejenigen einen Prozeß anzuhängen, ich ihm meinen Dank für die mir erwiesene Ehre darbringe, und weil so auf indirectem Wege die Ercheinung jenes Kunstwerks von meiner Einwilligung abhängt, so gebe ich dieselbe mit der größten Bereitwilligkeit. Ich stelle bloss die Eine Bedingung, die nämlich, daß der Verfasser mir ein Exemplar dieser Caricatur schicke, um sie in meinem Arbeitszimmer aufzuhängen und mich mit meinen Freunden daran ergözen zu können.

Der Thürige A. Schneegans, ehemaliger Deputirter.

Österreicb.

Wien, 31. Jan. [Zum Selbstmord des Gen. Gablenz.] Die Gemahlin des General Gablenz veröffentlicht im „N. W. Tgl.“ folgende Erklärung:

Herr Redacteur!

Da Sie in Ihrem geschätzten Blatte Notizen über die Familienbeziehungen des Generals von Gablenz bringen, so fühle ich mich verpflichtet, Ihnen mitzutheilen, daß General Gablenz weder direct noch indirekt eine Bitte um Unterstüzung an meine Mutter gerichtet hat, da er selbst wußte, wie schwere Opfer sie mit ihren geringen Mitteln für ihre Kinder in letzterer Zeit gebracht hat. Ebenso wenig war der General in der Lage, widerrechtlich mein Vermögen anzutreuen, da ich seit 1870 gar kein disponibles Vermögen besitze und ich ihm seit vorigem Mai überdies die Ermächtigung gegeben habe, auf später mir zufallende papillarförmige Gelder, von denen ich jetzt eine Rente von 3700 fl. beziehe, wenn es thunlich ist, so viel er will aufzunehmen. Von diesem Anerbieten, das ich in den letzten Wochen wiederholte, erneuerte, hat er leider keinen Gebrauch gemacht. Zum Schlusse mutt ich noch erwähnen, daß der General eben bei den maßgebenden Mitgliedern seines Familienkreises auf sehr dringende Warnung, sich auf das ihm fremde Gebiet der Geschäfté zu wagen, getreten ist. Mit Hochachtung Helene Baronin Gablenz-Eckels. Wien, 30. Januar 1874.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 2. Febr. [Berichtigung.] Wie uns aus Liegnitz berichtet wird, hat nicht der Evangelische Verein (derelieb ist orthodoxer Richtung), sondern der „Kirchliche Verein“ den Vortrag veranstaltet. Derselbe wird auch nicht von Herrn Diaconus Schmeidler, sondern von Herrn Diaconus Döring gehalten werden.

[Berichtigung.] In Nr. 53 ist auf Seite 4, Spalte 1 ein Theil des zur Correspondenz „Rom, 25. Jan.“ gehörigen Textes dem darunter befindlichen Fußnoten zugewiesen worden. Wir bitten, die in dem letzteren befindlichen Worte „atefist“ sc. bis „oder blos“ auf die in Spalte 2, Zeile 5 von oben befindlichen Worte jener Correspondenz „Stuhl von Turin“ folgen zu lassen.

Unterm 8. Januar er. berichteten wir über eine Schwurgerichts-Verhandlung gegen den hiesigen Kleiderhändler Adolph Baron, in welcher der Baron wegen sabseligen Meideins verurtheilt wurde. Der Eid, um den es sich dabei handelte, war von dem Angestellten in einer Untersuchungssache gegen die hiesigen Kaufleute Dresel und Würbel geleistet worden, welche er denuncirt hatte. In dieser Untersuchungssache waren die lezgenannten, wie hinzufügen versäumt worden ist, freigesprochen worden.

D. Ref. + [Jubiläum.] Der hiesige Buchdruckereibesitzer Herr Hirsch Sulzbach beginnt am 31. Januar das 60jährige Buchdrucker-Jubiläum und zu gleich sein 75. Geburtstagsfest. Nachdem ihm am Abende vorher die Mitglieder des Gesang-Vereins „Gutenberg“ ein Ständchen gebracht, erschien am Festestage das Curatorium des Buchdrucker-Vereins, bestehend aus den Buchdruckereibesitzern Stadtrath Lönn und Leopold Freund, und den Schriftgebern Althöft, Dittrich, Grüttner und Junge, um dem Jubilar die Gratulationen seitens des Vereins zu überbringen. Auch eine Deputation der Buchdruckergesellen beglückwünschte den Prinzipal. Im Laufe des Tages erschienen noch Deputationen der Synagogengemeinde, der ersten und zweiten Brüder-Gesellschaft, deren Mitglied der Gesetzeste ist, und viele Freunde und Verbrüder, welche dem Jubiläus Glückwünsche und wertvolle Geschenke überbrachten. Am Abend fand zu Ehren des Jubilars in der Enderschen Brauerei „Zur Grünreiche“ ein Souper von 40 Gedecken statt, an welchem sich außer seinen Freunden auch mehrere Geschäftsgenossen beteiligten. Während der Tafelfreuden wurde dem Gesetzeste eine sehr wertvolle Stammfusse überreicht, auf deren Deckel das Portrait Gutenberg's, und ein sehr sauber in Silber gearbeiteter Hirsch als Henkelbeschirung angebracht ist. Der die Kusse überreichende fügte hierbei in humoristischer Weise die Erklärung hinzu, daß vor darum ein Hirsch auf der Kusse befindet, weil der Jubilar mit seinem Vorname Hirsch heißt, seit 50 Jahren im Hirschen wohne, und in seinem 75. Jahre noch so munter und frisch wie ein Hirsch sei. Toaste und Lieder würzten das Mahl.

* [Berufung.] Wie die „Berl. Volksztg.“ meldet, ist der frühere Franziskanerpriester Hittsch, der vor Kurzem in der hiesigen freireligiösen Gemeinde einen Vortrag gehalten, von der freireligiösen Gemeinde zu München zum Prediger gewählt worden.

* [Verurtheilung.] Wie die ultramontane „Volkszeitung“ mittheilt, ist Herr Caplan Hittschfeld aus Prasselwitz von dem hiesigen Kreisgerichte wegen „wiederholter Zu widerhandlung“ gegen die Maigefüsse zu 20 Thaler Geldbuße event. zu einer Woche Gefängnis verurtheilt worden.

[Demonstration.] Auch der „katholische Meister-Verein“ hat, nach Angabe desselben Blattes, „im Hinblick auf die gegenwärtigen Bedrängnisse der katholischen Kirche“ (von denen aber Niemand etwas weiß) das beabsichtigte Wintervergnügen fallen gelassen, und beschlossen, die dadurch ersparnten Kosten einem Fonds für einen noch näher zu bestimmenden guten Zweck zuzuwendem.

○ **Hirschberg**, 31. Jan. [Die Bierfrage] ist hier immer noch nicht gelöst. In einer abermaligen Versammlung, welche von Seiten der Gast- und Schankwirthe vorgestellt hier stattfand, erklärten die anwesenden Vertreter von Brauereien, daß es ihnen bei der stetigen Preisssteigerung der Gerste sc. unmöglich sei, die Preiserhöhung von 15 Sgr. pro Hectoliter wieder herabzusetzen, während der Auspruch der Gast- und Schankwirthe dahin ging, dem Publikum gegenüber eine Erhöhung der Ausschankpreise

nicht vornehmen zu wollen. Schließlich wurde zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirthe eine aus 5 Mitgliedern bestehende Commission gewählt, welche die Angelegenheit in weitere Beratung ziehen und das Resultat derselben einer nochmals zu beruhenden Versammlung zur Beschlussfassung mittheilen soll.

[Notizen aus der Provinz.] * **Grünberg**. Wie unser Wohl. berichtet ist in dem benachbarten Drenkau Freitag früh auf dem Dominium der Schäfer und seine Frau am Koblenzampf beinahe erschöpft vorgefunden worden. Die Wiederbelebungsversuche sollen zwar einige, aber noch keinen durchgreifenden Erfolg gehabt haben.

+ **Bunzlau**. In vorliegender Stadtverordneten-Sitzung wurde der hiesigen jüdischen Gemeinde zum Bau einer Synagoge eine Beihilfe von 1500 Thlr. bewilligt. Der gedachte Bau, auf ca. 12.000 Thlr. veranschlagt, ist nunmehr mit Rücksicht auf eine hierzu vermacht Legat des Kaufmanns Hülse und die in der Gemeinde selbst gesammelten bedeutenden Beiträge als gesichert zu betrachten.

△ **Hirschberg**. Am 30. Januar, Morgens um 8 Uhr, verunglückte in der Linke'schen Strohstoff-Fabrik hier selbst der Werkführer Rappelber bei der Reparatur eines zerrißenen Niemens, indem ihn die Hauptrolle der Maschine ergriff und eindrehte, wobei ihm die linke Arm abgerissen und beide Füße unterhalb der Wade abgeschlagen wurden. Der verunglückte, ein sehr ordentlicher Mensch, verschied fast sofort. Er hinterläßt eine Witwe und vier unerzogene Kinder.

△ **Neisse**. Die Cholera ist, wie das Sonntagsblatt berichtet, in Ober-Schlesien in Folge der bis noch vor Kurzem so ungünstigen Witterung im Bunde begriffen, auch in Ziegenhals und hier haben sich mehrere Fälle gezeigt.

△ **Hoyerswerda**. Erst jetzt bringen die Blätter nähere Nachrichten über das am 27. Januar stattgehabte Gewitter. So erzählte das hiesige Wochenblatt: Bei dem am 27. d. M. Morgens gegen 6 Uhr, über unsere Stadt ziehenden Gewitter hat der Thurm unserer Kirche wieder als Blitzableiter dienen müssen; zwei Schläge trafen diesmal denselben. Der eine, an der Nordseite des Thurmes hinabgleitend, hat das Neukere des Thurmes, des Kirchdaches und eines Pfeilers ziemlich in derselben Weise wie vor zehn Jahren beschädigt; der Andere ist seinem Vorgänger vom 17. December 1873 gefolgt und an der Westfront des Thurmes herabgeföhrt. Die Verzierungen über dem Haupteingange des Thurmes sind durch letzteren erheblich beschädigt worden und müssen jedenfalls abgetragen werden; außerdem sind auch noch mehrere der bunten Glasscheiben über der Thür des Einganges zertrümmert. Glücklicherweise haben die Blitzschläge im Innern des Thurmes und der Kirche keinen nennenswerten Schaden angerichtet. — Dies ist nunmehr das dritte Mal im Zeitraume eines halben Jahres (29. Juli, 17. December 1873), daß der Blitz den Kirchthurm getroffen hat. Auch in Bittau hat der Blitz in den Klosterthurm geschlagen, in Folge dessen der obere Theil ausbrannte.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegraph-Bureau.)

Straßburg, 1. Februar. Das Wahlergebniß in Stadt Straßburg: Von rund 12,000 Wahlberechtigten wurden 9027 Stimmen abgegeben, davon erhielt Lauth 5906, Schneegans 2926, Bebel 168 Stimmen. Der Wahlact verließ in höchster Ordnung.

Bern, 31. Januar. Der Ständerath hat mit 22 gegen 17 Stimmen beschlossen, dem gestrigen Beschlüsse des Nationalraths be treffend die Abstimmung über den Revisionsentwurf beizutreten. — Der Nationalrat hat den Auslieferungsvertrag mit Deutschland ratifiziert.

Bern, 31. Januar. Der Nationalrat beschloß in seiner gestrigen Abendssitzung mit 79 gegen 44 Stimmen, daß über die Revision der Bundesverfassung die Abstimmung in globo stattfinden soll.

Bern, 31. Januar. Die Regierung hat die venitienten Geistlichen aus dem Jura, mit Einschluß des Amtsbezirk Biel, bis zur Zurücknahme ihres Protestes ausgewiesen. Die Vollstreckung dieses Beschlusses beginnt nach 48 Stunden.

Paris, 31. Januar. Wie das Journal „Presse“ wissen will, hat das Ministerium beschlossen, diejenigen Blätter gerichtlich zu verfolgen, welche Angriffe gegen die 7jährige Amtsdauer des Marschall-Präsidenten veröffentlichten sollten.

Paris, 31. Januar. In der heutigen Sitzung der Münzkonferenz haben die Delegirten Belgien, Frankreichs, Italiens und der Schweiz eine Additional-Convention unterzeichnet, ohne die Basis des Münzwesens in den 4 Ländern zu verändern. Die Conferenz hat beschlossen, angesichts der regelwidrigen ganz exceptionellen Verhältnisse, welche augenblicklich die regelmäßigen Bedingungen der Metallcirculation in den 4 Ländern fören könnten, müsse man eine Ausnahmemaßregel von provisorischer Dauer annehmen, die darin besteht, die Münzcirculation für das Jahr 1874 zu beschränken, indem während dieses Zeitraums nur eine bestimmte Menge von 5-Frankenstückchen in Silber in jedem der 4 Länder geschlagen werden soll und zwar in Frankreich nur 60 Mill., in Italien 40, in Belgien 12 und in der Schweiz 8 Mill. Frs.

Mailand, 31. Januar. „Perseveranza“ berichtigt ihre am 22. und 23. d. M. ausgesprochene Ansicht, daß die Publication der „Kölner Zeitung“ auf einer Fälschung beruhe. Sie sagt jetzt, die Bulle „Apostolicae Sedis“ könne nicht in Deutschland mit Mütsicht auf die Wahlen gemacht sein, denn vor einigen Monaten sei diese Bulle in Rom gelesen worden.

Brüssel, 31. Januar. Die Nationalbank hat den Discount an 4 p.C. herabgesetzt.

Pearang, 30. Januar. Der frühere Minister des Sultans von Achin erklärte auf das Bestimmteste, daß der Vertrag zwischen der holländischen Regierung und Achin vom Jahre 1857, der die Grundlage für die jetzigen Beschwerden Hollands bildet, seitens Achins gar nicht verhandelt und abgeschlossen worden sei. Es müsse bezüglich derselben eine Täuschung der holländischen Regierung stattgefunden haben.

Kalkutta, 30. Januar. Das General-Gouvernement hat Anstalten zur Lieferung von 342,000 Tonnen Reis in die von Hungersnoth bedrängten Bezirke Bengalens getroffen. Die Kosten betragen 3 Mill. Pf. Sterl.; der Reis muß bis zum Mai an Ort und Stelle geliefert werden. Dem Erlaß eines Ausfuhrverbots ist der Vicekönig abgeneigt; derselbe ist der Ansicht, daß ein solches Verbot nur noch nachtheiliger wirken würde.

London, 1. Febr. Nachrichten aus Cape-Coast-Castle vom 8. v. M. zufolge hatte der König der Asante 12 Angestellte an General Wolsey abgeschickt und durch dieselben um Frieden bitten lassen. General Wolsey aber hatte erwidert, daß er über den Frieden nur in Kumasi unterhandeln werde.

London, 2. Februar. Bis jetzt fanden 48 Parlamentsneuwahlen statt, wovon 20 liberale und 28 conservative sind. In Quilford, Hatton, Kidderminster, Maidstone, Andover, North und Lincolnshire wurden liberale Deputirte durch conservative, in Barnstaple der Conservative durch den Liberalen ersezt.

Petersburg, 1. Febr. Der gestrige Abendball nahm einen außerordentlich glänzenden Verlauf. Sämtliche Glieder der kaiserlichen Familie und die hohen Gäste des kaiserlichen Hauses wohnten demselben bei. Den hohen Neuvermählten wurde eine sehr enthusiastische Begrüßung zu Theil.

Konstantinopel, 31. Januar. Einer Mitteilung des „Levant Herald“ zufolge wäre dem Großvezier von mehreren Pariser Banken das Anerbieten gemacht, mit der Pforte eine Anleihe von 8 Millionen Pf. Sterl. zu contrahiren.

G. F. Magdeburg, 30. Januar. [Marktbericht.] Das Wetter war in dieser Woche bisher sehr veränderlich, ein paar Tage sturmisch, dann heller Sonnenschein bei 2-3 Grad Kälte und schließlich feuchte Nebel und Regen.

Das Getreidegeschäft zeigte keinerlei Veränderung gegen die vorige Woche. In Weizen hatten wir mäßige Umsätze zu bisherigen Preisen, in Gersten sehr belangreiche Umsätze zu steigenden Preisen. Der Roggenstand war sehr beschränkt und höher ging schlank ab zum Consul am Platz und in den Umgegenden. Wir notiren heute:

Weizen, in mittler und guter Qualität 85-88 Thlr. für 2000 Pf., geringe fehlerhafte Sorten nach Verhältniß billiger.

Roggen, Landware 70-72 Thlr. russischer 65-68 Thlr. für 2000 Pf. nach Beschaffenheit.

Gerste, keine Malsorten und Chevalier wurden zur Versendung nach Hamburg, wo sie für Amerika gefügt waren, mit 78-80 Thlr. bezahlt und blieben dazu begehr, schwere Malsorten galten nach Qualität 72-76 Thlr.

Hüttenfrüchte und Futterförmern fanden mäßigen Absatz. Erbsen 63-64 Thlr. Weisse Bohnen 84-96 Thlr. Linsen 70-100 Thlr. Mais 62-64 Thlr. Biden 50-58 Thlr. für 2000 Pf.

Das Spiritusgeschäft in den letzten acht Tagen war noch geringfügiger als in der Vorwoche, da weder belangreiche Ordres von auswärts eingingen, noch dringende Angebote hier hatten.

Kartoffelspiritus loco unter Rückgabe der Fässer wurde mit 21½-22½-21½ Thlr. nach einander bezahlt; auf verschiedene spätere Termine wurde mit 1½-2½ Thlr. über die entsprechenden Berliner Notirungen gehandelt.

Rübenspiritus loco nicht am Markt 21½-½ Thlr. nominal; per Februar-Mai in jedem Monat gleiches Quantum und auch per Juni-Septem ber 22½ Thlr. Br. 22 Thlr. Old.

Rübengruß 3½-3½ Thlr. für 200 Pf.

Gedarte Eichornenwurzeln 6½ Thlr. für 200 Pf.

Gedarte Runkelrüben 4½ Thlr. für 200 Pf.

Oelfasen gefragt, aber bei Theils mangelnd, theils kleinen Vorräthen wenig umgesetzt. Wir notiren:

Winterrots 88-92 Thlr. Winterrüben 84-86 Thlr. Sommerrots 76-80 Thlr. Sommerkübeln 85-95 Thlr. Leinsaat 84-92 Thlr. Dotter 80-84 Thlr. Mohr 150-170 Thlr. für 2000 Pf. — Rüböl 20 Thlr. Mohnöl 46-48 Thlr. Leinöl 23-24 Thlr. Rapssuchen 5-5½ Thlr. für 200 Pfund.

[Breslauer Schlachtviehmarkt.] Marktbericht der Woche am 26. und 27. Januar. Der Auftrieb betrug: 1) 256 Stück Mindviel, darunter 113 Ochsen, 143 Kühe. Das Geschäft war eben so leblos als in den Vorwochen, und wurden von den Einbringern empfindliche Verluste erlitten. Man zahlte für 50 Kilogr. Fleischgewicht exkl. Steuer, prima Waare 17-18 Thlr.

II. Qualität 13-14 Thlr. geringere 9 bis 10 Thlr. 2) 753 Stück Schweine. Man zahlte für 50 Kilogr. Fleischgewicht beste Waare 17½-18 Thlr. mittlelle Waare 13-14 Thlr. 3) 1053 Stück Schafvieh.

Zahlung wurde für 2

Breslau, 2. Febr., 9½ Uhr Vorm. Bei mäfigen Zufuhren war der Geschäftsvorkehr am heutigen Marte schleppend, Preise unverändert. Weizen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 7½ bis 8½ Thlr., gelber 7½ bis 8½ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. Roggen nur feinste Qualitäten beachtet, pr. 100 Kilogr. 6½ bis 7 Thlr., feinste Sorte 7½ Thlr. bezahlt.

Große gute Kauflust, pr. 100 Kilogr. 6½—6¾ Thlr., weiße 7 bis 7½ Thlr. bezahlt.

Hafner behauptet, pr. 100 Kilogr. 5½ bis 5¾ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbien unverändert, pr. 100 Kilogr. 5½ bis 6½ Thlr.

Widen sehr fest, pr. 100 Kilogr. 5 bis 5½ Thlr.

Lupinen hoch gehalten, pr. 100 Kilogr. gelbe 5 bis 5½ Thlr., blaue

4½ bis 5½ Thlr.

Bohnen offerirt, pr. 100 Kilogr. 6½ bis 6¾ Thlr.

Mais mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 5½ bis 6½ Thlr.

Delfsäaten in fester Haltung.

Schlaglein gut behauptet.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.

Schlag-Leinsaat 7 12 6 8 10 — 9 — —

Winter-Raps 7 10 — 7 15 — 8 — —

Winter-Rüben 7 5 — 7 12 6 7 25 —

Sommer-Rüben 7 2 6 7 15 — 8 — —

Leinbohnen 6 25 — 7 2 6 7 15 —

Rapskuchen matt, schlesische 70—73 Sgr. per 100 Kilogr.

Leinuchen sehr fest, schlesische 100—103 Sgr. per 50 Kilogr.

Kleesaat mehr zugeschüttet, rotbe unverändert, ordinäre 11—12 Thlr., mittel 13—14 Thlr., seine 14½—15 Thlr., hochfeine 15½—15¾ Thlr. pr. 50 Kilogr. weiße matter, ordinäre 11—12 Thlr., mittel 14—15 Thlr., seine 16—18 Thlr., hochfeine 20—21 Thlr. pr. 50 Kilogr.

Thymothee gut gefragt 8½—11½ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr. pr. 5 Liter 3½—4 Sgr.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Sternwarte zu Breslau.

Jan. 31. Februar 1. Nachm. 2 U. Abends 10 U. Morg. 6 U.

Aufdruck bei 0° 331°, 55 332°, 10 328°, 59

Aufwärmung + 0°, 7 — 2°, 1 + 0°, 7

Dunstdruck 1°, 72 1°, 37 2°, 03

Dunstättigung 81 pCt. 83 pCt. 95 pCt.

Wind NW. 2 NW. 2 W. 4

Wetter heiter. heiter. bed. Sön. u. Neg.

Februar 1. Nachm. 2 U. Abends 10 U. Morg. 6 U.

Aufdruck bei 0° 332°, 94 334°, 63 335°, 35

Aufwärmung — 1°, 8 — 2°, 5 — 4°, 1

Dunstdruck 1°, 55 1°, 50 1°, 20

Dunstättigung 91 pCt. 94 pCt. 88 pCt.

Wind N. 2 NW. 1 N. 1

Wetter bedeckt. wolfig. wolfig.

Breslau, 2. Febr. [Wasserstand] D. B. 4 M. 40 Em. U. P. — M. — Em.

Gis stand.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 1. Februar, Nachm. 1 Uhr. [Privatverkehr.] Ziernlich lebhaft, anfangs fest, später ermattet. Creditactien 14½ à 14½ bez. u. Gd., Lombarden 93½ à 93½ bez. Franzosen 196% à 196 bez. Galizier 102 à 102%, Silberrente 66 Gd. pr. Cassa, Papierrente 61½ Gd. pr. Cassa, Türken 40% à 41 à 40%, Italiener 59½ à 59%, Rumänier 42 à 42% bez., Köln-Mindn. Stamm-Aktien 139½ bez., Rheinische 137, Bergisch-Märkische Stamm-Actien 98%, Disconto-Commandit Gesellschaft 167½ à 166½, Preuß. Bodencredit 84 bez. und Gd., Producten-Handelsbank 71½ bez. u. Gd., Laura- und Königshütte 167½ à 166½, Dortmunder Union 75% à 74½, Centrum 76%.

Frankfurt a. M., 31. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schlußcourse] Londoner Wechsel 118%. Pariser do. 93%. Wiener do. 103½%. Franzosen* 344%. Hess. Ludwigsb. 147%. Böhm. Weißbahn 227%. Lombarden* 163. Galizier 237%. Elisabethbahn 219½. Nordwestbahn 200%. Elbtalbahn —. Oberhessen 76%. Oregon 19%. Creditactien* 247. Russ. Bodencredit 86%. Russen 1872 94%. Silberrente 65%. Papierrente 61½. 1860er Loose 96%. 1864er Loose 156%. Ung. Szatm. —. Raab-Grazer —. Amerikaner de 1882 98%. Darmstädter Bank 101%. Berl. Bankverein 84%. Franz. Bankverein 87. do. Wechslerbank 82%. Nationalbank 1017½. Meininger Bank 110%. Hahn Effectenbank 117. Continental 90. Südb. Immobilien-Gesellschaft. Hibernia —. 1854er Loose —. Schiff'sche Bank —. Oberhessen —. Rodford 16%. Rhein-Nahe-Bahn —. Ungar. Loose 87%. Unbeliebt, Schluss fester, nur Lombarden offerirt, Bahnen, Banken ver nachlässig, Bergwerke gedrückt, Fonds still.

Nach Schluss der Börse: Credit-Actien 247. Franzosen 344%. Lombarden 163%. Silberrente 65%. 1060er Loose —. Fest.

* per medie resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 1. Februar, Nachmitt. [Effecten-Societät.]

Londoner Wechsel —. Pariser do. 103½%. Franzosen 344%.

Hess. Ludwigsb. —. Böhmische Weißbahn 227%. Lombarden 163. Galizier 238½. Elisabethbahn 219½. Nordwestbahn 200%. Elbtalbahn —. Dragon —. Creditactien 247½. Russ. Bodencredit —. Russen 1872 —. Silberrente 65%. Papierrente 61%. 1854er Loose 96%. 1860er Loose 157%. Ungarische Loose 87%. Raab-Grazer 78%. Amerikaner de 1882 98%. Darmstädter Bank 101%. Deutsch-Osterr. Bank 87%. Prod. Disconto-Gesellschaft 88%. Brüsseler Bank 101%. Berl. Bankverein —. Franz. Bankverein 87. do. Wechslerbank 82%. Nationalbank 1017%. Meininger Bank 110%. Hahn Effectenbank 117. Continental —. Hibernia —. Schiff'sche Bank —. Oberhessen —. Engl. Wechslerbank 41%. Still. Ziernlich fest.

Nach Schluss der Börse: Creditactien 247. Franzosen 343%. Lombarden 163. Silberrente 65%.

Hamburg, 31. Januar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Präm.-Anleihe 105%. Silberrente 66%. Österreich. Creditactien 211%. do. 1860er Loose 96. Nordwestbahn —. Franzosen 738. Lombarden 350. Italienische Rente 59%. Vereinsbank 121. Laura-hütte 167. Commerzbank 94. do. II. Emitt. —. Norddeutsche Bank 145%. Provinzial-Disconto-Bank —. Anglo-deutsche Bank 64%. do. neue 78. Dänische Landesbank —. Nordmunder Union 75%. Wiener Union-bank —. 64er Russ. Prämien-Anleihe —. 66er Russ. Prämien-Anleihe —. Amerikaner de 1882 93%. Köln-M.-St.-Aktien 140. Rhein. Eisenbahn-Stamm-Actien 137%. Bergisch-Märkische 99. Disconto 3 pCt. — Ruhig.

Hamburg, 31. Jan. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco sehr flau, Weizen auf Termine fest, Roggen auf Termine ruhig. Weizen pr. 126 Pf. pr. Januar pr. 1000 Kilo netto 252 Br., 250 Gd., pr. Januar-Februar pr. 1000 Kilo netto 252 Br., 250 Gd., pr. Februar-März pr. 1000 Kilo netto 252 Br., 250 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 netto 266 Br., — Gd., — Roggen pr. Januar 1000 Kilo netto 195 Br., 194 Gd., pr. Jan.-Febr. 1000 Kilo netto 195 Br., 193 Gd., pr. Febr.-März 1000 Kilo netto 195 Br., 193 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 192 Br., 191 Gd., Hafer und Gerste fest. Rüböl matt, loco und pr. Jan. 62, pr. Mai pr. 200 Pf. 63. Spiritus ruhig, pr. Januar und pr. Febr. 54, pr. April-Mai per 100 Liter 100% 55. Kaffee steigend; Umsatz 3000 Sac. Petroleum fest, Standard white loco 13, 30 Br., 13, 20 Gd., pr. Januar — — Gd., pr. Januar-März 13, 30 Gd. — Wetter regnerisch.

Hamburg, 1. Febr., Nachm. [Privat-Berkehr.] Silberrente 66%.

Creditactien 212. Franzosen 737. Lombarden 350. Anglo-deutsche

Bank 64½. do. junge 78%. Nordwestbahn —. Rheinische Bahn —. Bergisch-Märkische —. Köln-Mindn. —. Laurahütte 167. Darmstädter Union 74½. Commerzbank —. Norddeutsche Bank —. Hamburg-Americanische Paket-Aktiengesellschaft —. Amerikaner 94. Matt.

Liverpool, 31. Januar, Vormittags. [Bau und wolle] (Ansangsbereicht.)

Muthmäßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Schr ruhig. Tagesimport 18,000 Ballen, davon 2000 B. amerikanische, 13,000 B. ostindische.

Liverpool, 31. Januar, Nachmittags. [Bau und wolle] (Schlußbericht.)

Umsatz 10,000 B., davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Matt.

Middle Orleans 8%, middl. amerikanische 7½%, fair Dholera 5%, middl. fair Dholera 4%, good middl. Dholera 4%, middl. Dholera 4%, fair Bengal 4, fair Broad 5%, new fair Domra 5%, good fair Domra 6%, fair Madras 5½, fair Perian 8%, fair Smyrna 7, fair Egypton 8%.

Upland nicht unter good ordinary Januar-Februar-Verschiffung 7½%, Febr.-März 7½%.

Amsterdam, 31. Januar, Nachmittags. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen pr. März 388, pr. Mai 386, pr. November 355½. Roggen per März 238½.

Antwerpen, 31. Januar, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen unverändert, dänischer 37½. Roggen ruhig, Lagerzog 24. Hafer stetig, schwedischer 24½. Gerste gefragt.

Antwerpen, 31. Januar, [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Nassfritze Type weiß, loco 32 bez., 32½ Br., pr. Februar 32 bez., 32½ Br., pr. Mai 34 Br., pr. September 37 Br. Steigend.

Bremen, 31. Januar. Petroleum steigend, Standard white loco 13 Mt. 25 Pf.

Stadt-Theater.

Montag, den 2. Februar: "Aschenbrödel" oder: "Der gläserne Pantoffel." Baubemären mit Gesang und Tanz in 6 Bildern nach dem gleichnamigen Märchen bearbeitet von C. A. Görner. Muß von Kapellmeister E. Stiegmann.

Lobe-Theater. [2051]

Montag, den 2. Februar. "Auf eigenen Füßen."

Thoma'scher Ges.-V.

Donstag, den 3. Februar.

Abends 7 Uhr,

in Springer's Concertsaal:

Die Jahreszeiten

von J. Haydn,

unter Mitwirkung des Fräulein

Gertrud Booss aus Berlin.

Logen-Plätze à 20 Sgr., num.

Saalplätze à 15 Sgr., Stehplätze

à 10 Sgr. bei [1724]

C. F. Illentzsch.

bei mir melden; namentlich schon

Vorgeschriften.

Tran M. Noll,

Palmstraße Nr. 15, parterre.

Geschlechtsfrankheiten,

Syphilis, weissen Fluß, Hautaussch.

und Flecken heilt ohne Quecksilber

gründlich und in kürzester Zeit.

Auswärts brieflich. [1803]

Dr. August Loewenstein, Domänenkauerplatz 1.

Seifenflederei-Verpfändung.

Meine seit vielen Jahren bestehende,

neu eingerichtete, am Ringe belegene

Seifenflederei mit lebhaftem Detail-

Verkauf und vollständigem Inventar

ist zu verpfänden und zum 1. Juli

d. J. zu übernehmen. [1851]

Poln.-Wartenberg.

Louis Kienast.

Ein Gasthaus und eine Ziegelei

weist nach. [235]

F. Slupski,

Oderstraße 8, Ecke Kupferdmiedestr.

Ein im besten Betrieb befindliches

Glashütten-Etablissement, di-

rect auf der Eisenbahn, ist Familien-

verhältnisse halber unter günstigen

Bedingungen zu verkaufen.